

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 5

Erchein. Sonntags
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 DM. Zur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 31. Januar 1926

Verlag: Die Buchbinder-Zeitung, Berlin O. 2, Neuer Markt 8-12 IV
Telefon: 4529
Einsagen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

Denken und Handeln!

Der mit dem Entstehen der modernen Arbeiterbewegung in die Massen der Arbeiterschaft geworfene Organisationsgedanke hat bei diesen nicht sofort willige Aufnahme gefunden. Vielmehr bedurfte es langer, mühsamer und unablässiger Agitationsarbeit, um den Boden vorzubereiten, auf dem er sich ausbreiten konnte.

Das ist im weiten Umfange geschehen. Man betrachtet es heute in den organisierten Arbeiterkreisen als selbstverständlich, daß der zum Nachdenken über seine Lage erwachte Arbeiter sich seiner gewerkschaftlichen Organisation anschließt und in dieser mit seinen Klassengenossen für die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und die von der Gewerkschaftsbewegung darüber hinaus angestrebten Ziele eintritt. Der denkende, aufgeklärte Arbeiter weiß, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften sich nicht darauf beschränken kann, lediglich durch Verhandlungen oder im Kampfe mit den Unternehmern den Arbeitern einige piepienige Lohnhöhung, gewisse Verbesserungen der Arbeitsbedingungen oder sonstige Vergünstigungen zu erreichen. Diese Tätigkeit ist selbstverständlich notwendig und muß ausgeübt werden, da sie dazu dient, die Arbeiterschaft kampffähig zu erhalten, sie mit Kraft und Energie zum weiteren Vorwärtstreben zu erfüllen. Alle derartigen gewerkschaftlichen Erfolge vermögen jedoch die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiter nicht zu beseitigen, sondern diese nur zu mildern. Erst die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaft kann diesen Zustand ändern.

Diese Erkenntnis hat leider in der Arbeiterschaft noch nicht die Verbreitung gefunden, die erforderlich ist, sie für alle Gebiete des wirtschaftlichen und politischen Lebens in umfassender Weise nutzbar zu machen. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Zuständen ist zwar in den unteren Volksschichten allgemein, sie macht sich nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch bei der Angestellten- und Beamtenerschaft in ständig zunehmendem Maße bemerkbar.

Doch von der bloßen Unzufriedenheit zum Denken, und zwar zum richtigen Denken, Erkennen und folgerichtigen Handeln ist noch ein weiter Weg. Das kann jeder organisierte Arbeiter in seiner nächsten Umgebung an dem Verhalten der unorganisierten Arbeiter-

schaft beobachten. Auch dort klagt man über die unzureichenden Löhne, Ueberschreitungen der Arbeitszeit, unbefriedigende Arbeitsbedingungen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit, wucherische Preise usw. Aber darüber nachzudenken, worin diese Mißstände ihre Ursache haben und wodurch sie beseitigt werden können, fällt nur wenigen ein. Man schimpft, räsoniert, kratzelt, gebärdet sich ungeheuer radikal; zum Erkennen der Ursachen und zum entsprechenden Handeln aber reicht es bei den meisten dieser Unzufriedenen nicht, weil sie sonst den Weg in die Organisation und zur gemeinsamen Arbeit mit ihren Klassengenossen finden müßten, um die beklagten Mißstände zu beseitigen.

Es ist leider eine sehr niederdrückende Tatsache, daß bei der großen Masse des deutschen Volkes über die Zusammenhänge in Wirtschaft und Politik die größte Unklarheit besteht, ein Umstand, der in weitgehendem Maße jene politische Zerrissenheit in eine Anzahl wirtschaftlicher und politischer Gruppen und Gruppen, damit zugleich aber auch die unbefriedigenden Zustände verschuldet, unter denen wir leiden. Von dieser Unklarheit ist auch die Arbeiterschaft nicht ausgenommen, obgleich ihre Lage in hinreichendem Maße Veranlassung dazu bietet, sich von ihr freizumachen. Selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft gibt es noch viele, die an dieser Unklarheit leiden und die sich nur aus einem gewissen dunklen Gefühl heraus, daß es nicht anders gebe, ihrer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben.

Das ist gut so, aber doch nicht genug! Die Zugehörigkeit zur Organisation erfordert nicht nur, daß der Arbeiter Mitglied ist, seine Beiträge zahlt, bei Lohnkämpfen und sonstigen gewerkschaftlichen Aktionen seinen Klassengenossen nicht in den Rücken fällt, sondern er soll auch wissen, warum er organisiert ist, welche Ziele seine Organisation verfolgt und wie ihre Tätigkeit wirksam und tatkräftig von ihm unterstützt werden kann. Wenn das aber der Fall sein soll, dann muß er sich einen Einblick in das Getriebe der modernen Wirtschaft verschaffen, über ihre Probleme nachdenken und, soweit sie ihm unverständlich erscheinen, Klarheit darüber zu gewinnen suchen, damit er sein Handeln danach einstellen kann. Denn in anderen Fällen läuft er Gefahr, durch sein Handeln in eine falsche Richtung zu geraten, die Bestrebungen der Organisation zu beeinträchtigen, damit aber sich selbst zu schädigen.

Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen.

Zigarettenkartonnagen-Industrie.

Nach einer Mitteilung der Reichsarbeitsverwaltung vom 19. Januar ist durch deren Entscheidung der Reichs-Manteltarifvertrag für die Zigarettenindustrie für das Gebiet des Deutschen Reiches mit Wirkung vom 16. Oktober 1925 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Das Preisabbaugesetz.

X. Das Preisabbauprogramm der Regierung Luther vom 8. 8. 1925 hat nur wenig Erfolg gehabt, nur der im Preisabbauprogramm vorgesehene Stillstand der Lohnbewegung trat pünktlich ein. Die Preise stiegen aber lustig weiter; insbesondere ist eine Ermäßigung der Kleinhandelspreise nicht eingetreten. Die ökonomischen Ursachen dafür sind bekannt. Sie gehen auf unsere Steuer- und Zollgesetzgebung zurück. Im übrigen fehlte den Organen der Regierung, die mit der Preislenkung betraut waren, die gesetzliche Handhabe, um gegen den Wucher, besonders im Kleinverehr, vorzugehen. Das jetzt von der Regierung veröffentlichte Preisabbaugesetz will diese Handhabe schaffen.

Das Gesetz enthält vier Artikel: 1. Vergleich zur Abwendung des Konkurses, 2. Maßnahmen gegen Ringbildung, 3. Abänderung der Kartellverordnung und 4. Abänderung der Gewerbeordnung.

Der Gesetzentwurf, der den Vergleich zur Abwendung des Konkurses vorseht, ist bereits veröffentlicht worden. Das Gesetz will die aus der Kriegszeit stammende Geschäftsaufsicht beseitigen. Die Geschäftsaufsicht hat sich ohne Zweifel als Hemmnis in der Bereinigung unserer Wirtschaft erwiesen. Sie ermöglichte das Festhalten von Warenlagern und damit die Durchsetzung überhöhter Preise. Das Gesetz sieht vor, daß an Stelle der Geschäftsaufsicht der Zwangsvergleich tritt. Damit kann die Frage, ob ein zahlungsunfähiges Unternehmen in Konkurs geht oder nicht, in kürzester Zeit entschieden werden. Die Neuregelung ist geeignet, die zu reichliche Lagerhaltung zu liquidieren. Ohne Zweifel liegt in ihr eine preislenkende Tendenz.

Artikel 2 (Maßnahmen gegen Ringbildung) will die Preisverabredung bei Ausschreibungen und Vergebung von Lieferungen (Submissionen) verhindern. Heute ist es bei den Ausschreibungen so, daß die Interessenten sich zusammenschließen und gewissermaßen nur ein Preisgebot abgeben, das natürlich immer stark übersteht ist. Das Gesetz verpflichtet nun die Lieferanten, in ihrem Angebot mitzuteilen, ob eine Preisverabredung vorliegt. Geschieht diese Angabe im Angebot nicht, und wird der Auftrag erteilt, dann kann der Ersteller des Auftrages von dem Geschäft zurücktreten und eine Herabsetzung des vereinbarten Preises, gewöhnlich um 15 Proz., verlangen. Im übrigen steht dem Ausschreibenden das Recht zu, weitere Forderungen geltend zu machen. Jedoch ist zu beobachten, daß der Ausschreibende innerhalb eines Monats von dem Vertrag zurücktreten muß, nachdem er von der Verfehlung des Lieferanten Kenntnis genommen hat. Wer in seinem Angebot eine Erklärung wissentlich unrichtig angibt, soll mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Dieselbe Strafe ist vorgesehen, wenn ein Lieferant den anderen von der Mitbewerbung bei einer Ausschreibung

Schreibung abhört oder ihn veranlaßt, ein für den Ausschreibenden ungünstiges Angebot, ein sogenanntes Schutzangebot, abzugeben. Gefängnisstrafe muß eintreten, wenn ein Lieferant dem anderen für die Nichtabgabe eines Angebotes oder für die Abgabe eines Schutzangebotes eine Vergütung gewährt.

Artikel 3 (Abänderung der Kartellverordnung) stellt Zwangs syndikate und Zwangsinnungen unter die Bestimmungen der Kartellverordnung. Die Bestimmungen der Kartellverordnung vom 2. November 1923 hatten für die Zwangssyndikate und Zwangsinnungen keine Gültigkeit. Die Regierung hatte ihnen gegenüber wohl das Recht der Oberaufsicht. Sie konnte aber einen einmal genehmigten Beschluß nicht umstoßen, wenn er auch im Gegensatz zu den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen stand. Das trifft besonders auf das Kohlsyndikat und die verschiedenen Kohlsyndikate zu, z. B. fehlte der Regierung jede Handhabe, um gegen die im Sommer 1925 verhängten Lieferperrren im Kohlenhandel vorzugehen, die deshalb verhängt wurden, weil einzelne Händler und Konjunktionsgesellschaften den vereinbarten Händlerpreis nicht eingehalten hatten. Weiter bietet das neue Gesetz eine Rechtsgrundlage, um gegen eine Ueberspannung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Zwangssyndikate einzuschreiten.

Besondere Bedeutung kommt Artikel IV (Abänderung der Gewerbeordnung) zu. Wichtig ist vor allem die geplante neue Fassung des § 73 der Gewerbeordnung. Bisher konnten die Bäcker ihr Brot so verkaufen, daß der Preis gleichbleib, während sich das Gewicht veränderte. Dadurch wurde der Käufer geradezu begünstigt. Während der Käufer immer denselben Brotpreis bezahlte, änderte sich das Gewicht des Brotes, so daß eine Täuschung des Käufers leicht möglich und eine Kontrolle durch denselben sehr erschwert war. Nach der neuen Gesetzesbestimmung können die obersten Landesbehörden anordnen, daß das Brot in Laiben eines bestimmten Gewichts verkauft werden muß; sie können weiter bestimmen, daß die Bäcker Brot, dessen Gewicht vorgeschrieben ist, nur dann verkaufen dürfen, wenn das Gewicht auf dem Brote durch eingedrückten Stempel bezeichnet ist. Die Wichtigkeit der Neuregelung liegt auf der Hand und es ist nur zu bedauern, daß sie nicht früher gekommen ist.

Ebenso wichtig wie die Aenderung des § 73 ist die im Artikel IV vorgegebene Aenderung der §§ 81, 96 und 97. Die Aenderung des § 97 verbietet den Innungen Preise, auch Richtpreise, Preiskalkulationen und Geschäftsbedingungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben. Bekanntlich sind die überhöhten Preise im Kleinhandel darauf zurückzuführen, daß die Innungen unter sich die entsprechenden Preise ausmachen. Ueblich war im großen Ausmaß die sogenannte Verständigung über die Preisermittlung (Kalkulation). Es handelte sich hier um keinen Beschluß der Innung, sondern um eine Empfehlung. Der Wucher wurde nicht offiziell in den Innungsverfassungen betrieben, sondern in der Regel in der Stammtischrunde, im traulichen Kreise der Interessenten. Das Gesetz ist geeignet, hier Wandel zu schaffen. Darüber hinaus wird den Innungen verboten, den gesellschaftlichen Boykott oder Innungsstrafen über solche Mitglieder zu verhängen, die billiger arbeiteten oder lieferten, als die allmächtige Innung und ihr Obermeister vorgeschrieben hatten. Mit der Verhängung des gesellschaftlichen Boykotts war fast immer die Verhängung einer Lieferperrre verbunden, die für den Betroffenen den wirtschaftlichen Ruin bedeutete. In Zukunft sind diese Innungsmassnahmen nur statthaft, wenn sich der Beklagte des unlauteren Wettbewerbs im Sinne des Gesetzes vom 7. Juni 1909 schuldig gemacht hat.

Internationales.

Oesterreich. Vom Verein der Buchbinder und Papierverarbeiter Oesterreichs erhalten wir die Mitteilung, daß der am 14. Januar bei der Firma König u. Ehardt in Wien ausgebrochene Streik nach viertägiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet werden konnte. Die Firma sah sich veranlaßt, nach siebenstündiger Verhandlung die gestellten Forderungen zu bewilligen. Am 19. Januar nahm das gesamte Personal die Arbeit wieder auf.

Volkentscheid über die Fürstenabfindungen.

Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volkentscheid traten am 23. Januar unter dem Vorsitz eines Vertreters der Gewerkschaften zu einer Abschlusssitzung zusammen. Entsprechend den Vorschlägen des Unterausschusses, der am 22. Januar eingeleitet worden war, wurde beschlossen, den zum Volksbegehren einzureichenden gemeinsamen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten folgende endgültige Fassung zu geben:

Gesetz zur Enteignung der Fürstenvermögen.

„Auf Grund des Art. 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

1. Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet. Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

2. Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten

- a) der Erwerbslosen,
- b) der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,
- c) der Sozial- und Kleinrentner,
- d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
- e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Bohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungshäusern für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

3. Alle Verfügungen, einschließlich der Hypothekbelastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

4. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses

Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels 2 dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.“

Weiter wurde vereinbart, daß der Antrag, mit der Unterschrift von je einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volkentscheid versehen, am 25. Januar im Reichsministerium des Innern eingereicht werden soll. Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen. Sie sind sich jedoch dessen bewußt, daß die gesamten Kräfte des werktätigen Volkes aufgeboten werden müssen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Der „Vorwärts“ sagt dazu, daß es langer, sorgfamer Erwägungen bedurft hat, um diese Entscheidung herbeizuführen. Der Streit um die Auseinanderlegung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstenhäusern währt nun schon Jahre. Wenn er sich in der letzten Zeit bis zum äußersten verschärft hat, dann trägt die Schuld daran die empörende Annahme der Fürstenhäuser, die wesentliche Teile des deutschen Volksvermögens als ihr Familieneigentum in Anspruch nahmen.

Der ungeheure, in solchem Ausmaß noch nirgends erlebte Kampf wird sich auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung abspielen. Zum erstenmal machen große Organisationen von dem Recht der außerparlamentarischen Demokratie Gebrauch, das ihnen die Weimarer Verfassung verleiht. Zum erstenmal werden rund 40 Millionen erwachsene Volksgenossen aufgerufen werden, über einen Gesetzesantrag von grundsätzlicher Bedeutung ihre direkte Entscheidung zu treffen. Jeder wird sich zu diesem Gesetzesantrag stellen müssen mit seinem Ja oder mit seinem Nein.

Die Frage ist aufgeworfen. Jeder Kollege und jede Kollegin ist verpflichtet, über sie nachzudenken und zu entscheiden! Der Kampf zwischen Fürstenannahung und Volksrecht muß ausgetragen werden.

Damit ist Gelegenheit gegeben, alle Geister wachzurütteln und einen großen Werbefeldzug zu unternehmen für die Republik, für den Geist echter Demokratie, der mit sozialem und sozialistischem Geist untrennbar verbunden ist.

Stiefelpoker der Unternehmerkaste?

„Und der König absolut, wenn er unfern Willen tut!“ Nach diesem sehr einfachen Rezept regierten demalst die Konservativen in Preußen-Deutschland. Der Junker befahl und die Minister kuschten vor den mächtigen Herren aus den ostpreussischen und pommerischen Gefilden. Ein trasser Interessentstandpunkt beherrschte die Entscheidungen der Regierung. Was das für die feudale Junkerklasse bedeutete, welche Vorteile aus solchen Zuständen zog und wie sehr diese Junker danach gieren, die „alte gute Zeit“ wieder aufleben zu lassen, beweist wohl am besten das Verhalten unserer Deutschnationalen in der Fürstenabfindungsfrage. Natürlich auf Staatskosten und Kosten der Allgemeinheit wollen sie den Fürsten Hunderte von Goldmillionen zuschanzen, immer in der stillen und nicht unbegründeten Hoffnung, daß diese Millionen die Kriegskassen der Reaktion füllen und zur Niederknüttelung des Volkswillens und zur Wiederherstellung des alten Feudalunrechts beitragen werden.

Das Volk aber will nichts mehr wissen vom alten Junkerregiment und schweifswedelnden Ministern. Zwar ist der Junker bei uns nicht mehr wie früher allmächtig, und das Wort vom absoluten König, der des Junkers Willen tut, gilt nicht mehr in dem Ausmaße wie früher. Dafür gibt es bei uns heute Industrielle, die sich allmächtig fühlen und immer wieder eine Gesetzesverfassung an den Tag legen, die der des ehemaligen allmächtigen Junkers verteuert ähnlich sieht. Es handelt sich um jene Dunkelmänner, für die eine Regierung nichts anderes ist als ein Apparat, den eigenen Interessen zu dienen, denen es aufs Geld nicht ankommt, wenn es heißt, die Feinde der Republik zu unterstützen, wie die Geldgeschenke der Arbeitgeberverbände an die Fememörder in der schwarzen Reichswehr beweisen.

Vor Wochen haben wir erlebt, daß die Unternehmer dem Arbeitsministerium ganz bestimmte Richtlinien zuzugunsten der Arbeitnehmer für die Lohnkreditsprüche vorschreiben wollten („Fall Meißinger“). Das schien der

Arbeitslosennot!

Die Armee der unbeschäftigten Arbeitskräfte ist ins Ungemessene angeschwollen. Neben den völlig Brachgelegten sind noch viele Millionen, deren Fleiß und Arbeitswilligkeit nur zum Teil genutzt wird. Trotz allen Flichtwertes ist die staatliche Erwerbslosenunterstützung absolut unzureichend zur Behebung auch nur der größten Noisstände.

Fragt man nach der moralischen Berechtigung einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung, dann ist die Antwort nicht schwer zu geben. Krieg und Inflation haben die gegenwärtige Krise herbeigeführt. Es geht nicht an, daß deren Lasten nun den Klassen aufgebürdet werden, die an Krieg und Inflation nicht schuld sind.

Aus sozialen Gründen ist eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung ohne weiteres zu rechtfertigen. Der Preisabbau ist mißlungen, wie das bei der Zollpolitik der Regierung und der von den Kartellen verfolgten Politik nicht anders möglich war. Die Mieten sind im Steigen begriffen, in Preußen wurde erst kürzlich deren sechsprozentige Erhöhung vorgenommen. Sie müssen laut Gesetz bald die Friedenshöhe erreichen, werden sie aber in Wirklichkeit sehr erheblich übersteigen. Von einer sozialen Gefahr, daß im Falle erhöhter Arbeitslosenunterstützung die Arbeitswilligkeit nachlassen werde, wird kein Verständiger reden können. Niemand wird seine Arbeitsstelle mit Rücksicht auf die Arbeitslosenunterstützung aufgeben oder eine angebotene deshalb ablehnen. Dagegen besteht bei zu geringer Arbeitslosenunterstützung die Gefahr des Vohndrucks der Unternehmer, die vielfach jetzt versuchen, ihre Arbeiter zu entlassen, um sie dann mit viel niedrigeren Löhnen wieder einzustellen. Dieser Gefahr, die nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich verhängnisvoll sein kann, muß vorgebeugt werden.

Wie steht es aber mit der finanziellen Belastung? Die allgemeinen Vorstellungen über die Belastung der Wirtschaft mit Arbeitslosenunterstützungen sind ganz irrig. Wie im „Reichsarbeitsblatt“ seinerzeit amtlich ausgerechnet wurde, kostete die Arbeitslosenunterstützung im Jahre der Stabilisierung, 1924, die vom Sommer bis in den Spätherbst von einer ungeheuren Arbeitslosigkeit begleitet war, 220 Millionen Mark. Diese Summe ist keineswegs besonders hoch. Den Ruhrunternehmern wurde eine Entschädigung von 700 Millionen Mark gewährt, die geforderten Fürstenabfindungen betragen viele hundert Millionen. Der neu zu errichtenden Getreidestelle sollen zunächst über 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden, damit

die ostelbischen Großgrundbesitzer ihren Roggen teurer verkaufen können. Diese Aktion kann jedoch, falls die Vorräte der Getreidestelle immer wieder aufgefüllt werden sollen, das Vielfache dieses Betrages kosten. Das Reich selbst treibt ständig eine Ueberbeschäftigung nach. Im laufenden Rechnungsjahr wird sich mindestens eine halbe Milliarde Steuerüberschuß nach Deckung der Ausgaben ergeben. Darf dieser Ueberbeschäftigung nicht auch für die Arbeitslosen mit verwendet werden, zumal das Steueraufkommen zu drei Vierteln aus Massensteuern besteht, wozu die jetzt arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten mit ihren Pfennigen beigetragen haben? Dürfen diese nicht einen Teil von dem, was sie geleistet haben, in Form von ausreichenden Arbeitslosenunterstützungen zurückerhalten?

Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung werden von den Arbeitern und Unternehmern bestritten, wozu das Reich und die Länder nur Zuschüsse gewähren. Insofern die Beiträge der Arbeiterschaft in Frage kommen, bedeutet dies nur die Uebertragung von Kaufkraft vom beschäftigten Arbeiter, der die Beiträge abführt, an den Arbeitslosen. Der Wirtschaft wird dadurch nichts entzogen. Aber auch die Leistungen der Unternehmer sind nicht als verlorene Posten für die Wirtschaft zu betrachten, wie es so gern dargestellt wird. Allerdings wäre es besser, wenn alle Arbeitshände produktive Werte schaffen könnten. Ist das aber wegen der Krise nicht möglich, dann ist es für die ganze Wirtschaft besser, wenn die Konsumkraft der Arbeitslosen nicht übermäßig niedrig ist. Für die Einzelwirtschaft bedeuten die abgeführten Summen zwar unmittelbar einen Verlust, allerdings auch einen gewissen Zwang zur Rationalisierung der Betriebe, um die sozialen Lasten leichter tragen zu können. Für die ganze Volkswirtschaft erwächst jedoch durch die erhöhten Erwerbslosenunterstützungen und die dadurch ermöglichte größere Nachfrage nach Konsumgütern insofern ein Vorteil, als dadurch die vorhandene Absatzkrise gemildert und deren weiterer Zunahme vorgebeugt wird. Wird keine ausreichende Arbeitslosenunterstützung gewährt, dann muß diese Tatsache infolge der gesunkenen Nachfrage von selbst weitere Arbeitslosigkeit erzeugen. Ausreichende Arbeitslosenunterstützung, wenn sie gleichzeitig mit der nötigen Rationalisierung der Produktion und einer Verstärkung mit dem Ausland zur Förderung des gegenseitigen Warenaustauschs einhergeht, muß ein Mittel zur Ueberwindung der Krise mit sein.

A. S.

Höhepunkt der Unternehmerrschheit und der Mißachtung gegenüber der Staatsregierung zu sein. Doch man täuschte sich. Noch toller als der Syndikus Meißinger treibt es der Syndikus Dr. Dermigel vom Reichsverband der deutschen Banken. Für die deutschen Banken und die Bankangestellten wurde am 23. Dezember 1925 ein Schiedspruch gefällt, der verbindlich erklärt werden sollte. Die Banken aber wandten sich gegen die Verbindlichkeitsklärung und Dr. Dermigel schrieb einen vertraulichen Brief an das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium und das Reichsbankdirektorium. In diesem Brief wurde der Reichsarbeitsminister beschuldigt, gegen das Gesetz und die bestehende Verordnung gehandelt zu haben, indem er den Schiedspruch vom 23. De-

zember 1925 zugelassen hatte. In diesem Zusammenhang wird am Schluß des längeren vertraulichen Schreibens betont, daß die beiden genannten Ministerien und das Reichsbankdirektorium stets Verständnis für die Notlage der Banken gehabt haben, und die Bitte ausgesprochen, daß die beiden Minister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister, auf den Reichsarbeitsminister einwirken sollen, um die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 23. Dezember 1925 zu verhindern.

Man muß sich genau überlegen, was die deutschen Banken durch ihren Doktor unternehmen. Sie putzen einen Minister gegen den anderen auf und benutzen einen Teil des Kabinetts, um den anderen Teil an der

Ausübung einer Pflicht zu hindern! Können solche Vorfälle dazu beitragen, die Staatsautorität zu stärken und die Achtung vor den regierenden Männern in der Republik zu steigern? Muß nicht die Meinung aufkommen, daß in dieser Regierung zu guter Letzt doch der Unternehmerrschheit bestimmt und entscheidet, wie ehemals der feudale Junker?

Um die Wahrung der Staatsautorität kümmern sich unsere Unternehmer sehr wenig, wenn es heißt, ihrem besonderen Interessenstandpunkt zu dienen. Wie weit man hier geht und wie ungehemmt man sich über wichtige, für den Bestand eines Staates ausschlaggebende Dinge hinwegsetzt, beweist am besten das Erlebnis des stellvertretenden Reichswirtschaftsministers Dr. Krohne. Der Reichsverband des deutschen Handwerks beschäftigte sich vor einigen Tagen mit dem Preisabbaugefetz der Regierung. Das Gesetz sieht u. a. Abstellung von Mißständen auf dem Gebiet der Preisbildung durch die Handwerkerinnungen vor, die sich besonders bei den Bäckern, Schlächtern usw. bemerkbar gemacht haben. (Siehe die entsprechende Abhandlung in der vorliegenden Nummer.) Es handelt sich hier um die Abschaffung von Uebeln, die im Interesse unserer Wirtschaft nur geboten sind. An der Versammlung des Reichsverbands des deutschen Handwerks nahm auch der stellvertretende Reichswirtschaftsminister und Verkehrsminister Dr. Krohne teil. Er versuchte in seiner Begrüßungsansprache auf die Notwendigkeit der Preisabbauaktion der Reichsregierung hinzuweisen. Er wurde aber von den Handwerkern derart heftig unterbrochen, daß er es vorzog, seine Rede nicht zu halten. Er konstatierte, daß von dem Geist, der einer allgemeinen Preisverbilligung günstig ist, nichts in dieser Versammlung zu spüren sei und verließ den ungestlichen Raum. Hinter ihm brach die Revolution der Innungsstrauer aus, die das Preisabbaugefetz zur Abstellung von allgemein anerkannten Mißständen als ein Ausnahmegefetz gegen das Handwerk erklärten.

Seit die Junker in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts während des Verfassungskonflikts den alten Wilhelm und seinen Bismarck an die Laternenpfähle hängen wollten und seitdem der alte Scharfmacher Emil Kirdorf einem preussischen Minister den Ratschlag gab, mehr Rückgrat zu zeigen, ist einem Minister wohl kaum so übel mißgepielt worden wie Herrn Dr. Krohne durch die Vertreter des Reichsverbands des deutschen Handwerks. Das Benehmen der Innungsleute wird das Ansehen des deutschen Handwerks selbstverständlich nicht fördern; es wird aber auch nicht zur Förderung der Autorität der Regierung beitragen. Und das ist, was wir in diesem Marionettenspiel bedauern. Man darf sich aber auch im Schoße der Reichsregierung nicht wundern, wenn unsere Innungsstrauer verrückt werden, nachdem man den Herren Meißinger und Dermigel ihre Streiche gestattet hat. Wenn man diesen gegenüber die Würde und die Autorität der Staatsregierung genügend und von Anfang an gewahrt hätte, dann wäre man nicht in die üble Lage gekommen, sie gegenüber losgelassenen Innungsmeistern nicht wahren zu können. Würde und Staatsautorität sind zu guter Letzt Unparteilichkeit und Objektivität gegenüber allen Staatsbürgern, und nicht Bevorzugung der Unternehmergruppe auf Kosten der Arbeiterschaft. Die Reichsregierung muß sich von dem Interessentklingel freimachen, der sich an ihre Ferse hiefet, und sie wird dem Staatsgedanken den besten Dienst erweisen.

Das Leder im Handwerk und Kunstgewerbe.

I.

Daß die alten Ägypter eine hohe Kultur besaßen, ist uns modernen Menschen so recht wieder durch die Oeffnung der Königsgräber vor Augen geführt worden. Alle Kunstgewerbe fand man vertreten und auf so hoher Stufe, daß der sich leicht über alte Kulturen erhabende Mensch des 20. Jahrhunderts doch einen gewaltigen Respekt vor diesen alten Kulturträgern bekam, von denen uns Jahrtausende trennen.

Die Einteilung der Menschen in Klassen bei den Ägyptern ist bekannt. Zur dritten gehörten die Gerber, sie nahmen darin eine wichtige Stellung ein. Zahlreiche Darstellungen an den Wänden der Gräber beziehen sich auf die Fabrikation und die verschiedenartige Verwendung des Leders. An den Gräberwänden Beni Hassans sieht man Kleinschneider, die das häßlichste Werkzeug handhaben, dessen sich noch heute die Sattler bedienen. Die alten Ueberreste gepreßten Leders sowie farbige Möbelüberzüge in den Gräbern Thebens aus gefärbtem und gepreßtem Leder sind für die Geschichte und Silenwicklung dieses Materials von gleicher Wichtigkeit, wie die glänzenden und besser erhaltenen Beispiele der Lederverarbeitung aus dem Mittelalter und der Renaissance.

Auch die alten Germanen sollen Meister im Gerben gewesen sein und sich auf die Verarbeitung roher Tierhäute vorzüglich verstanden haben. Da selbst von den Chinesen behauptet man, daß sie dreieinhalb Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung meisterlich zu gerben wußten.

Für handwerkliche und kunstgewerbliche Zwecke kamen von jeher besonders das weiche und geschmeidige Kalbleder, das härtere Rind- und Kofleder und das weniger dauerhafte Schafleder in Frage.

In der Bearbeitung des Leders waren die orientalischen Völker ganz besonders geschickt, und so sind denn auch die von ihnen hergestellten Sorten, die später durch die Saragenen und Mauren nach Sizilien und Spanien verpflanzt wurden, für alle feineren Arbeiten besonders geeignet. Hierher gehören hauptsächlich Korduan, Saffian, Chagrin und Suchten.

Korduanleder hat seinen Namen von der maurischen Stadt Cordoba in Spanien erhalten. Nach ihm wurden im Französischen die Schuhmacher „Cordonniers“ genannt, da im Mittelalter die besseren Fußbekleidungen fast ausschließlich aus diesem Leder bereitet wurden. Es wird in verschiedenartiger schöner Färbung und mit glänzender Oberfläche hergestellt und noch heute am besten in der Levante verfertigt.

Chagrineder, das hauptsächlich in Persien, Konstantinopel, Alger und Tripolis angefertigt wurde und noch wird, ist hart und erscheint auf der Narbenseite wie mit kugelförmigen Körnchen überzogen. Diese Narben des Chagrins wurden dadurch hervorgerufen, daß man die Häute auf dem Fußboden ausbreitete und mit den Samenörnern des Chenopodium album bestreute, diese dann in das weiche Fell eintrat, sie wieder herauströpfte, das Leder dann auf der Größenseite beschabte und einige Tage ins Wasser legte. Die Punkte, die durch die Samenörner zusammengedrückt wurden, traten alsdann quappend in der Kugelform des Samenorners hervor und bildeten die narbige Oberfläche des Leders. In Europa wurden diese Unebenheiten durch Pressung mit Metallplatten, die man durch galvanischen Niederschlag auf einem Chagrinen herstellte, hervorgerufen.

Suchtenleder ist bemerkenswert wegen seines durchdringenden Geruches, der von der Anwendung des Birkenrindes herrührt, mit dem das Leder geschmeidig gemacht wird. Den Namen „Suchten“, eigentlich „Austen“, hat es von diesem Worte, das „doppelt“ oder „zweifach“ bedeutet, erhalten. Es werden nämlich, um sie zu färben, zwei Rindshäute mit den Rändern aneinandergemischt, worauf der auf diese Weise entstehende Sack mit roter flüssiger Farbe gefüllt wird. Diese Farbe wird dann von dem Leder allmählich aufgesaugt und verleiht ihm die bekannte rote Färbung. Die genannten Lederarten werden hauptsächlich aus den Fellen der Pferde, Ziegen und Rinder, sowie aus Bodshäuten hergestellt.

Die künstlerische Wirkung der Lederarbeiten zeigt sich in zwei verschiedenen Richtungen, indem sie entweder plastisch oder als Flächenverzierung erscheint. Im Mittelalter bevorzugte man hauptsächlich die plastische Behandlung, wie noch zahlreiche in den Museen vorhandene Beispiele von Kästchen, Futteralen, Dolchschutten u. a. erkennen lassen, und ebenso sind auch noch aus der Zeit der Renaissance vorzügliche Arbeiten dieser Art vorhanden. Die für die Lederplastik in Anwendung gebrachte Technik scheint nach einem Vergleiche der noch vorhandenen Beispiele eine verschiedenartige, und zwar im wesentlichen eine dreifache gewesen zu sein. Da, wo es sich um die Herstellung von Verzierungen, sowohl ornamentalen als figurativen Charakters handelt, brachte man die Treibeisen in ganz derselben Weise in Anwendung, wie diese bei der Metallbearbeitung für die Anfertigung getriebener Pokale, Rannen, Platten und dergl. üblich war. Zu diesem Zweck wurde das in der erforderlichen Stärke vorbereitete Leder, um ihm die zur Bearbeitung nötige Geschmeidigkeit zu geben, durch Feuchtigkeit erweicht und dann, nachdem die Zeichnung auf der oberen Seite in allgemeinen Umrissen aufgetragen war, die Rückseite mit verschiedenen Instrumenten in der Weise bearbeitet, daß die allgemeinen Formen der herzustellenden Verzierungen auf der Oberfläche sich erhaben darstellten. Die künstlerische Vollendung der letzteren erfolgte alsdann auf der Oberfläche selbst durch freie Behandlung mit scharfen, spitzen und stumpfen Werkzeugen aus Holz und Metall mit Anwendung des Modellierens, Einschneidens und Punzens, je nachdem es die Art und Weise der Dekorationen erforderte. Es entsprach demnach diese Arbeit vollständig der des Ziselierens bei getriebenen Metallarbeiten.

Eine zweite Art der Technik, die sich von der ersten abtrennen wesentlich unterscheidet, bestand darin, daß man auf das in feuchtem Zustande befindliche Leder Zeichnungen mit einem Instrumente mit stumpfer Spitze eingravierte, sodann an gewissen bestimmten Stellen die Oberfläche des Leders ritzte und mit einem spitzen Instrumente unterarbeitete. Es wurde dadurch das Leder an einzelnen Stellen, wo es für die plastische Wirkung der Dekoration notwendig erschien, erhöht oder nach aufwärts gebogen und hierdurch, sowie nach anderer mancherlei andere Manipulationen eine Modellierung der Oberfläche bewerkstelligt, die sich nach dem Trocknen und Hartwerden des Leders vollständig erhellt. Häufig wurde dann auch nach der Grund gepreßt oder, bevor dies geschah, die Zeichnung mit einer allgemeinen Umrisslinie versehen.

Erscheint bei dieser Art der Bearbeitung die Verzierung der Gegenstände noch als vollständiges Relief, dann bildet sie bei der dritten technischen Behandlung gewissermaßen den Uebergang zum Flächenornament, indem bei dieser durch Einrücken mit verschiedenartigen Instrumenten in die Fläche des erweichten Leders nur mächtige Vertiefungen und dementsprechende Erhabenheiten erzeugt werden. Von Arbeiten, die auf diese Weise hergestellt sind, besitzen wir noch vorzügliche Stücke aus dem Ende des 15. Jahrhunderts.

Violet-Le-Duc hat die Einzelheiten des bei dieser Technik angewendeten Verfahrens in einem alten Werke wieder aufgefunden und in seinem „Dictionnaire du mobilier français“ veröffentlicht. Die Uebersetzung der Anleitung aus jener Zeit lassen wir hier folgen:

„Man macht zuerst eine Form für den Gegenstand aus gut im Ofen getrocknetem Linden- oder Buchenholz, die jedoch aus mehreren Teilen besteht. Dann nimmt man die beste Kalbshaut, die man finden kann und läßt sie längere Zeit in Lohwasser gerben. Das Wasser muß öfters erneuert werden. Nach einigen Wochen spannt man die so präparierte Haut auf einen geglätteten Stein, schabt alle Haare ab und glättet sie mit dem Schabeisen. Die Operation muß öfters wiederholt werden. Erst dann läßt man die Haut in einem abgeschlossenen Trockenraume, niemals aber an der Sonne trocknen. Im Sommer braucht man hierzu etwa acht Tage. Hierauf taucht man die steif gewordene Haut in eine Rufe voll siedenden

Wassers, in dem ein wenig Leim aus Kaninchenhäuten aufgelöst ist und läßt diese zehn Stunden unter Erneuerung des Wassers sieden. Indessen näht man die Außenseite der Form mit Gummiwasser und bestreut sie dann mit ganz feinem reinem Sand. Nun zieht man die Haut aus der heißen Rufe, spannt sie auf einen lauwarmen Stein, beschneidet sie nach Bedürfnis und macht sie an den Rändern dünner, die sich zusammenfügen und decken müssen. Hierauf wirft man sie in ein heißes Bad von klarem Leim und zieht sie dann über die Form, die immer mit Sand bestreut wird. In dem Maße, wie die Haut erkaltet, reibt man sie mit einem hölzernen Werkzeug und schiebt darauf, daß die beiden Ränder gut geleimt sind. Nun läßt man sie trocknen, zieht die Form heraus und schaut, ob nichts fehlt. Man spannt nun die wiederholt mit Sand bestreute Form aufs neue ein und läßt das Gebilde langsam einige Tage trocknen. Alsdann läßt man daselbe in einem neugläsierten irdenen Topfe mit Leinöl und Gummi arabicum kochen, nimmt eine schöne und reine Eishaut, weicht diese in dem heißen Oele ein und zieht sie über das in die Form gespannte Leder. Man beschneidet sie, macht ebenfalls die Enden dünn auf einem heißen Stein und leimt sie über die vorher aufgespannte Kalbshaut, indem man sie mit einem Achat glättet. Nun läßt man sie 4—6 Tage, je nach der Jahreszeit, trocknen und bringt dann mit einem kleinen heißen Eisen die Zeichnung auf das Leder. Hierzu gehört vor allem eine gelbe, feste und gleichmäßige Hand, da sich kein Fehler in der Zeichnung mehr nachbessern läßt. Die Eisen müssen jedoch stets die gleiche Temperatur haben, sie müssen hinreichend warm sein, um sie noch in der Hand halten zu können, niemals aber so heiß, daß das Leder dem Verbrennen ausgesetzt wäre. Die auf diese Weise ausgeführten Zeichnungen haben aber auch noch den Vorteil, daß sie dem Werke eine gewisse Solidität geben, indem die doppelten Häuteschichten durch sie aufeinander befestigt werden. Statt dieser Häute kann man sich auch der Hundshaut, die mit Grünspan präpariert werden muß, bedienen, und läßt sich auch diese vorzüglich glätten. Für Zeichnungen ist sie indessen nicht geeignet. Man läßt sie bei einem sehr temperierten Hitzgrad im Ofen trocknen und trägt später die Verzierungen mit dem Pinsel in Farben auf.“

Nach der am Schlusse gegebenen Bemerkung haben wir es hier mit einer reinen Flächenverzierung, und zwar mit einer in Farbe hergestellten zu tun, die, wie es bei allen bisher besprochenen Dekorationen der Fall war, mit der freien Hand bewerkstelligt wurde. Im weiteren Verlauf bediente man sich alsdann zum Einpressen von Ornamenten, sowie von figurlichen Darstellungen graviert und geschnittener Metallstempel und Stenzen, die erhöht in die Fläche des Leders eingepreßt, den sogenannten Blinddruck hervorbrachten. Wurde vor dem Einpressen der Verzierung Blattgold auf das Leder aufgelegt, dann erhielt, nachdem die überschüssigen Teile des Goldes abgerieben waren, die Zeichnung verguldet und dadurch, daß man die durch Blinddruck hergestellten Vertiefungen mit Lackfarben verfarbte, erreichte man eine farbige Wirkung der Dekoration. Letztere konnte indessen auch noch auf andere Weise erzielt werden, und zwar durch Einlegen verschiedenfarbiger Lederstücke in eine gleichfarbige Grundfläche nach Maßgabe einer vorgeschriebenen Zeichnung (Leder mosaik) oder durch Aufsätzen der farbigen Teile auf die Grundfläche (Applikation), was hauptsächlich bei weichen Gegenständen, wie Pantoffeln, Taschen, Gürteln usw. in Anwendung gebracht wurde.

Daß die reliefartige Behandlung des Leders in künstlerischer Weise schon sehr frühzeitig im Orient geübt wurde, zeigen vollendete, hauptsächlich in Schilde, Dolchschutten und dergl. bestehende Arbeiten dieser Art in der indischen Sammlung des South-Kensington-Museums in London. Von abendländischen Beispielen der gleichen Technik reichen die ältesten noch vorhandenen bis in das 10. Jahrhundert zurück. Eine dieser Zeit angehörige in plastischer Lederarbeit hergestellte Messerschneide befindet sich im Dome zu Aachen. Ein ebenso schönes als interessantes Beispiel aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts bietet ein von J. v. Hejner-Altened veröffentlichtes Kästchen, auf dessen Deckel sich eine jener Jagd- und Minne-darstellungen befindet, die in der damaligen Zeit so häufig zur Verzierung von Gerätschaften der verschiedensten Art dienen mußten.

UNSERE JUGEND

Vorkämpfer.

Und als die ersten sind wir auserlesen,
Die ersten Blöde aus dem Weg zu räumen.
Darum hinweg mit schwächlich-feigen Träumen.
Sie schwinden — und wir fühlten uns genesen!
Warum denn noch mit Winseln und mit Jammern
Uns an die Brust der müden Mutter klammern!
Warum nicht frisch und stark auf eignen Wegen
Dem Ziel, das unsere Zeit uns stellt, entgegen?

Das ist das Wahre: keiner Zeit zu dienen
Und dennoch sie beherrschen! — klaren Blickes
In Zukunft schaun mit eisenharten Mienen
Und schnell mit kühner Hand in des Geschickes
Verworfene Fäden greifen, ehe sich
Zum unlöslichen Knoten unser Leben
Verschlingen kann. — Wer rückwärts feige wird,
Der klage nicht — der hat sich selbst ergeben.

J. H. Maday.

Berufswahl — eine Entscheidung für das Leben.

W. E. Einen Beruf ergreifen heißt eigentlich: Berufen sein. Wenige Menschen ausgenommen gilt dieser Begriff heute nicht mehr. Die Berufung des Menschen besteht heute im Verkauf seiner Arbeitskraft gegen Entgelt zur Fristung des Daseins. Im Berufsleben hat eine ungeheure Spezialisierung und Arbeitsteilung Platz gegriffen. Maschinen ersetzen menschliche Handfertigkeit. Monotonität der Arbeit ertötet selbständiges Schaffen. Die Maschine ist dem Menschen statt zum Segen zum Unsegen, wenn nicht gar zum Unheil geworden. Ein furchtbarer Verschleiß der Arbeitskraft ist eingetreten. Früher als vordem wird der Arbeiter als nicht mehr geeignet aus dem Produktionsleben ausgeschaltet. Eine lähmende Absatzstörung und verminderte Kaufkraft hemmen überdies die volle Entfaltung der Warenherstellung.

Das ist die Situation, die der junge Mensch vorfindet, wenn er, die Schulbank verlassend, ins Berufsleben eintritt. „Was kann ich werden“, ist die Frage, die ihn bis ins Innerste ergreift. Diese Frage der Berufswahl gestaltet sich immer schwieriger, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil der junge Mensch sich nicht mehr zurechtzufinden vermag in dem Vielerlei des Berufslebens. Die moderne Berufsberatung mit psychotechnischen Eignungsprüfungen ist eine schätzbare Hilfe. Ein Mangel jedoch bleibt bestehen. Der junge Mensch, der sich zudem im stärksten Umwandlungsprozess befindet (Pubertät), kann noch gar nicht mit Sicherheit sagen, für welchen Beruf er Eignung und Neigung verspürt.

In einem lesenswerten Aufsatz von Professor Fischer-München in der neuen Zeitschrift „Jugend und Beruf“ werden die Ursachen untersucht, die zur Berufswahl führen. Professor Fischer unterscheidet drei Stadien des Berufsgebantens, indem er die Berufswünsche gliedert in Berufsneutralität (Kinderjahre), Berufsexperiment (Jugendjahre), Berufsreise (Jünglingsalter). Das Kind hat keine bestimmten Berufsvorstellungen, es ahmt dem Erwachsenen nach, steht also den Berufen

neutral gegenüber. Etwa vom 13. bis 17. Jahre experimentiert der Jugendliche, d. h. er tastet im erwählten Beruf, wobei sich vielfach die mangelnde Befriedigung herausstellt. Erst die Periode der Berufsreise (18 bis 21 Jahre) läßt bestimmt erkennen, wofür der Jugendliche sich eignet und wohin seine Berufseignung ihn weist.

Diese Feststellungen zwingen zu der Forderung, den Zeitpunkt der Berufsergreifung hinauszuschieben. Die Schulzeit muß danach eine Verlängerung erfahren. Damit verbunden ist eine Umstellung des Schulunterrichts erforderlich. In besonders eingerichteten Werkklassen ist der Jugendliche mit der späteren beruflichen Arbeit vertraut zu machen, indem er hier experimentieren kann. Dann wird auch der Berufsberater sicherer sagen können, für welchen Beruf erkennbare Neigung und Eignung des Jugendlichen zu realisieren sind. Für die Notwendigkeit eines längeren Schulunterrichts in Werkklassen spricht es, daß eine Anzahl größerer Unternehmen eigene Berufsschulen errichtet haben, in denen der Lehrling mit den Besonderheiten des Berufes vertraut gemacht wird. Daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen eine Umstellung des gesamten Lehrlingswesens zu erfolgen hat, ist eine Selbstverständlichkeit.

Sicherlich wird die Forderung, verlängerte Schulzeit und Umstellung des Unterrichts, nicht so schnell durchgeführt werden können. So sind Eltern und Erzieher mehr und mehr gezwungen, die Berufsberatung in Anspruch zu nehmen. Auf keinen Fall darf eine Zufallsberufswahl vorgenommen werden. Auch soll der Wille der Eltern nicht maßgebend sein, um den Beruf für das Kind zu bestimmen. Im Gegenteil, der Jugendliche soll mitentscheiden für seine künftige Lebensgestaltung, für die von einer glücklich getroffenen Berufswahl vieles, ja alles abhängt.

Wir fordern eine bessere Berufsausbildung.

Seit Jahren leidet das Wirtschaftsleben unter sich immer wiederholenden schweren Erschütterungen, von denen besonders die Arbeitererschaft stark betroffen wird. Von den Unternehmern wird versucht, diese Erscheinung als eine Folge der staatlichen Umwälzung sowie der sozialen Maßnahmen hinzustellen, die sich in deren Verlauf als notwendig erwiesen. Den dahingehenden Behauptungen steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß sich die wirtschaftlichen Erschütterungen auf alle, selbst auf die von dem Weltkriege nicht erfassten neutralen Länder erstrecken. Deshalb können die angeführten Ursachen für die vorhandene Wirtschaftslage nicht maßgebend sein, sondern es muß nach anderen gesucht werden. Diese Untersuchung ist durch eine Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamts in Genf angestellt worden, die zu sehr beachtenswerten, den Unternehmern sehr wenig angenehmen Ergebnissen geführt hat.

Von besonderem Interesse ist hierbei die Untersuchung über die Wirkungen der durch den Krieg veranlaßten Arbeitseinstellungen und Umstellungen. Sie bestätigt, was von gewerkschaftlicher Seite gegenüber den von den Unternehmern erhobenen Klagen über das Zurückgehen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter angeführt wurde, nämlich, daß nicht mangelnder Arbeitswille der Arbeiterschaft diesen Rückgang verschuldete, sondern in ihm lediglich die wirtschaftlich verheerenden Wirkungen des Krieges zum Ausdruck gelangten. In der Enquete werden auf Grund der eingeholten Antworten diese Wirkungen als direkt katastrophal bezeichnet. Die berufliche Fertigkeit der Arbeiter habe während des Krieges stark gelitten,

was bei der jahrelangen Fernhaltung von einer normalen Berufstätigkeit und dem Mangel einer fachlichen Fortbildung erklärlich erscheint.

Somit es sich um vor dem Kriege beruflich ausgebildete Arbeiter handelte, die nach seiner Beendigung in ihren alten Beruf zurückkehren konnten, wurden diese nachteiligen Wirkungen verhältnismäßig bald überwunden und die alte Leistungsfähigkeit stellte sich wieder ein. Anders bei denjenigen, die zu einem Berufswechsel gezwungen waren. Wie begreiflich waren es häufig Kriegsoverletzungen, die zu einem zum Teil wiederholten Berufswechsel Anlaß gaben, wobei nicht selten vorkam, daß der gelernte Facharbeiter zum Hilfsarbeiter herabsteigen mußte. Wie in Deutschland ist denn auch in allen anderen ehemals kriegsführenden Staaten festzustellen, daß das Heer der ungelerten Arbeiter eine außerordentliche Vermehrung erfuhr, wovon selbst die neutralen Länder nicht unberührt blieben.

Die Enquete stellt weiter fest, daß die Ursachen der sich bald nach dem Kriege allgemein bemerkbar machenden Produktionskrise ihre sehr wesentliche Ursache in der durch den Krieg veranlaßten Vernachlässigung der Berufsausbildung hatte, ja daß es in dieser Zeit eine ordentliche Berufsausbildung gar nicht mehr gab. Doch nicht nur in der Menge, sondern auch in der Qualität der Berufsausbildung war ein Rückgang zu verzeichnen. Die Ausbildung der Lehrlinge wird als unvollkommen, oberflächlich, ihre technische Leistungsfähigkeit als ungenügend festgestellt. Wie konnte es anders sein! Der Krieg verlangte immer weitere Schlachtopfer! Immer neue Massen wurden ihm zugeführt. Dadurch mußte sich die Zahl der für die Lehrlingsausbildung notwendigen und fähigen Kräfte ständig vermindern. Nicht weniger wurden die Lehrlinge davon betroffen. Die Not zwang dazu, ihre Ausbildung vorzeitig zu beenden oder kaum begonnen, abzubrechen. Die eben erst Ausgebildeten versielen der Einberufung, mußten an die Front, wo sie bald vergaßen, was sie gelernt. Nicht besser erging es den Zurückbleibenden. Die Kriegsproduktion war lediglich Massenherstellung, Qualitätsarbeit kam nur in verhältnismäßig geringem Umfang in Betracht. Dem entsprach die Beschäftigung der Lehrlinge, bei der vielfach rein mechanische Arbeiten auszuführen waren, die jeder Arbeiter ohne besondere Anleitung ebenfalls verrichten konnte. Außerdem blieb die Entscheidung der Lehrlinge eine ungenügende. Unter diesen Umständen erschien der Eintritt in ein Lehrverhältnis meist zwecklos. Es war vorteilhafter, die aus der Schule entlassenen Jugendlichen sofort verdienen zu lassen. Dazu reichte nicht nur der in der Kriegsindustrie gezahlte relativ hohe Lohn, sondern auch die Notlage an, in der sich die Bevölkerung während des Krieges befand, Umstände, die es neben dem Mangel an geeigneten Ausbildungskräften und Material immer seltener werden ließen, die Jugendlichen einer Berufsausbildung zuzuführen.

Das alles ist im Grunde nichts Neues, bedeutsam dagegen, daß diese Feststellungen von Unternehmern herrühren, die unbeeinflusst von irgendeiner Seite das beständige, was die Gewerkschaften gegenüber den die deutsche Arbeiterschaft herabsetzenden Angriffen des Unternehmertums längst feststellten. Wir finden so hier wieder bewährte, daß die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen auslösen, daß die deutsche Arbeiterschaft und ihre produktive Leistungsfähigkeit den gleichen nachteiligen Einflüssen ausgesetzt gewesen ist, wie die der anderen Länder, und ferner, daß diese Einflüsse nicht auf die politische Umwälzung, sondern auf den Krieg und den während seiner Dauer von dem Kapitalismus an der menschlichen Arbeitskraft verübten Raubbau zurückgeführt werden müssen. Anstatt aber sich an die Brust zu schlagen, diese Tatsache zuzugeben, und ein System anzuklagen, das Unzählige in körperliche und technische Minderwertigkeit herabstürzte, richtet das Unternehmertum heuchlerisch die Anklage gegen dessen Opfer, wirft sie zu Hunderttausenden auf die Straße

und verlangt von ihnen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Der noch vor nicht langer Zeit vorhandene und besonders von den Unternehmern beklagte Mangel an Arbeitskräften ist überwunden. An seine Stelle ist ein gemaltiger Heberfluß getreten, bei dem sich aber ebenfalls zeigt, wie die angeführten Folgen des Krieges nachwirken. Die Zahl der ungelerten Arbeitskräfte ist nämlich relativ viel größer als die der gelernten. Gegenüber früheren Zeiten besteht hier ein starkes Mißverhältnis, das wenigstens zum Teil in dem gegenwärtigen Umfang der Erwerbslosigkeit zum Ausdruck kommt, da nicht genügend Facharbeiter vorhanden sind, um die Masse der Hilfsarbeiter zu beschäftigen. Das ist ein ungesunder und für die Arbeiterschaft selbst nachteiliger Zustand, auf dessen Beseitigung sie hinzuwirken haben. Seine Beseitigung ist aber auch im Interesse der wirtschaftlichen Fortentwicklung geboten. Die deutsche Wirtschaft ist für die Folge in verstärkter Maße auf die Erzeugung von Qualitätsarbeit angewiesen, die aber auf verbesserter, der geschwächten Kaufkraft des Innen- und Außenmarktes angepaßter Grundlage geleistet werden muß. Mit der Produktion von minderwertigen Massenwaren sind keine dauernden wirtschaftlichen Erfolge zu erzielen. Damit rückt die gründliche Berufsausbildung des jugendlichen Nachwuchses wieder in den Vordergrund und erfordert, daß ihm die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Sie würde um so größere Bedeutung erlangen, wenn die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nachgeben und anerkennen, daß der qualifizierten Arbeit auch ein entsprechender Lohn gebührt. S. Mattutat.

Die Lehrlingsfrage in der Kartonnagenindustrie Oesterreichs.

Hierzu wird uns geschrieben:

So wie es in allen anderen Berufszweigen der Fall ist, daß seit Beendigung des Krieges die Lehrlingsanzahl im Zunehmen begriffen ist, müssen auch wir diese Wahrnehmung machen, wenngleich der Zustrom zu unserer Branche nur einen Bruchteil der großen Masse ausmacht. Der Grund dieser Erscheinung liegt zum großen Teil in der Korruption, die der Krieg mit sich gebracht hat. Die Zeit der Jahre 1914 bis 1918, mit ihrer wahn sinnigen Kriegsindustrie, stellte alles lebendig in den Dienst der Erzeugung von Kriegsmaterial. Die Erlernung irgendeines Gewerbes war bei der großen Not an Lebensmitteln wenig ertragreich. Der angehende Lehrling mußte vielfach der Familienerhalter sein, den er eben nur in der Annahme eines Hilfsarbeiterpostens bei den kriegsartikelfertigenden Unternehmungen, die damals besondere Vergünstigungen für ihre Arbeiter genossen haben, abgeben konnte. Heutzutage liegen die Verhältnisse jedenfalls anders vor uns; es besteht zwar noch immer eine gewisse Voreingenommenheit von Seite der Eltern gegen das Kartonnagengewerbe, obwohl wegen der elenden Bezahlung wie auch im Ansehen selbst.

Die letzten Jahre brachten uns eine große Anzahl angelernter Hilfsarbeiter. Für die Unternehmer ist diese Erscheinung allerdings von großem Nutzen, denn es gibt ihnen die Möglichkeit, billiges Personal zu bekommen, wobei die Qualifikation gar nicht berücksichtigt wird. Nur wenn wirklich qualifizierte Kräfte gebraucht werden, bestimmen sie sich und stoßen auf ihre alten Fehler. Was in der Erziehung eines geeigneten Nachwuchses gelündigt wurde, zeigt sich jetzt darin, daß qualifizierte Arbeiter nicht zu haben sind.

Deshalb ist es von dem Gesichtspunkte, einen qualifizierten Stamm an Arbeitern zu besitzen, eine Notwendigkeit, im beiderseitigen Einvernehmen über dieses Problem der Lehrlingsausbildung ein gewichtiges Wort zu sprechen. Wir als Berufsorganisation würden es sehr begrüßen, bei den Unternehmern einiges Verstehen in dieser Frage zu finden, die ja für sie nur förderlich sein kann.

Die zweite Möglichkeit ergibt sich in der Angleichung der Entlohnung. Es ist kein Geheimnis, daß in den Berufen, die über eine genügende Anzahl gelernter und ausgebildeter Arbeiter verfügen, die Entlohnung eine wesentlich höhere ist als in solchen, wie beispielsweise in unserer Branche. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß wir ein starkes

Anwachsen der Lehrlinge im Kartonnagengewerbe begrüßen. Aber das eine wollen und verlangen wir: Wenn Lehrlinge in einem Betriebe eingestellt werden, daß diese auch etwas lernen und nicht etwa verurteilt sind, nach der Auslehre als Hilfsarbeiter ihr Leben weiterzuführen. Die Anzahl der Lehrlinge, wie sie heute besteht, ist hinreichend genug, um den Bedürfnissen in der Branche zu entsprechen, denn die Betriebe, die einen Zuschneider beschäftigen, sind bei weitem nicht so groß, daß man es guthießen könnte, noch mehr Lehrlinge einzustellen. Leider machen wir trotzdem diese Wahrnehmung und wir müssen schon gegen dieses Vorgehen einzelner Unternehmer auf das entschiedenste protestieren, daß immer noch Lehrlinge aufgenommen werden, ohne daß für diese die Aussicht besteht, das Gewerbe vollkommen zu erlernen, weil eben die Möglichkeit der Erzeugung verschiedener Artikel beziehungsweise der Absatz solcher Ware nicht vorhanden ist und wir werden in Zukunft Sorge tragen, daß solche Hebergriffe, wo vielen durch die Leichtfertigkeit einzelner ihre Existenz vernichtet wird, nicht mehr vorkommen.

Zur Ergänzung der weiteren Fort- und Ausbildung steht dem Lehrlinge wohl die Fortbildungsschule zur Seite. Obwar der Unterricht in bezug auf unsere Branche den Buchbindern gleich gehalten wird, trennt uns einiges von diesen. Die Kalkulation ist ganz anders geartet als bei den Buchbindern und was die Hauptsache ist, es fehlt der fachliche Unterricht.

In letzter Zeit haben es die Vertreter der Meister und Gehilfen unserer Branche in Schulausschuss soweit gebracht, daß den Lehrlingen auch andere Betriebe, die auf verschiedene Artikel eingestellt sind, gezeigt werden und der Meisterversreter erklärte sich bereit, für Exkursionen in solche Betriebe Sorge zu tragen.

Es wird stellenweise dann möglich werden, unseren Lehrlingen, wenn auch nur für einige Zeit im Jahre, genau so wie in den Bruderbranchen, ein besseres Kennenlernen ihres Berufes zu ermöglichen.

Durch den Besuch der Schule und der praktischen Lehre in der Werkstätte wird die Grundlage geschaffen für einen fähigen Nachwuchs. Wenn der Wille vorhanden ist und nicht nur Quantitäts-, sondern auch Qualitätsarbeiter erzogen werden, wird beiden Teilen Rechnung getragen und es würde damit auch ein Stück Kulturarbeit geleistet werden.

Den Jugendführern.

Jede Veranstaltung gelingt, wenn sie gut vorbereitet ist. Bei Mißerfolgen muß die Schuld ausschließlich in den Mängeln der Vorbereitung gesucht werden.

Jede Bewegung muß mit modernen Mitteln arbeiten. Ohne Presse, Plakate, Flugblätter und Versammlungen größeren Stils ist nichts zu erreichen. Man muß die Scheu vor den Worten Agitation und Propaganda überwinden. Man muß! Die Bewegung erfährt sonst einen Stillstand.

Eine moderne Organisation darf keine Schulden machen. Der Betrieb muß die Betriebskosten decken.

Stauhe nicht, daß du die Hauptperson sein müßtest. Arbeite und wirle, aber schiebe ständig jüngere Kräfte vor, damit sie lernen und zur Führerschaft heranwachsen. Wenn es dahin kommt, daß alles auf deinen Schultern liegt, so bilde dir nichts ein. Es ist kein gutes Zeichen für deine Fähigkeiten, sondern es beweist, daß du kein Organisator bist.

Wenn du ein Führer bist, so sei ein Muster an Treue im Kleinen. Wenn du Sitzungen leiten müßt, sei pünktlich zur Stelle. „Genialität“ ist der Ruin einer gesunden Geschäftsführung. Wenn du an führender Stelle bummelst, so schädigst du den Erziehungswert der Bewegung. Was du übernimmst, mußt du genau ausführen. In allen Geldfragen sei Bedant.

Wenn innere Kämpfe persönlicher Art entstehen, dann sage dir, daß es sich nur darum handeln kann, sie möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Sie durchkämpfen, heißt meist die Entwicklung der Organisation auf Monate hinaus lahmlegen.

Drei Sorten von Zeitgenossen sind beschwerlich: die Schwäger, die Hebermenschen und die Opponenten. Wie soll man sie behandeln? Die

Schwäger muß man ertragen, ohne die Liebenswürdigkeit zu verlieren, die Hebermenschen darf man nicht ernst nehmen, sondern man behandle sie rücksichtslos wie Kranke, den Opponenten gebe man zu arbeiten, bis sie positio werden. Wer direkt gegen die drei ankämpft, vergeudet seine Nervenkraft und bestärkt sie nur in ihrer Verkehrtheit. Man lasse ruhig die Schwäger schwagen, die Hebermenschen renomieren und die Opponenten negieren. Das gehört zu unserer Arbeit wie das Kreischen der Maschine zum Sägewerk. Nur ruhig Blut! Positive Leistungen stoppen alle Mäuler.

Die meisten Bewegungen bergen die Gefahr, daß man sich begnügt, denjenigen, die tätigen Anteil nehmen, allerhand Schönes und Gutes zu bieten. Was geschieht aber für die Tausende, die von der Bewegung nichts wissen? Ist es nicht eine Lebensfrage, gerade die heranzuziehen, die noch fern stehen? Bitte, was geschieht in dieser Richtung? Es muß am Anfang jedes Quartals die Doppelfrage gestellt werden: Was ist geschehen, um die der Bewegung Fernstehenden auf die Organisation aufmerksam zu machen? Und: Was muß noch mehr geschehen?

Du hast Zeit und Kraft geopfert, hast mit Hingabe und Begeisterung gearbeitet, und Undant ist dein Lohn gewesen? Lieber Freund, laß die pathetischen Worte zur Seite. Es ist ein Geheimnis im Leben jeder Bewegung: die da genießen wollen und glänzen und schmarnagen, die haben nicht viel davon. Aber je mehr Arbeit du hineinsteckst, gediegene, selbstlose Arbeit, desto mehr inneren Lohn trägt du davon. Selbstziehung, Menschentum, Weltweisheit, Bruderliebe. Die Bibel hat dafür den Ausdruck: Wer sein Leben verliert, der wird es gewinnen.

(Aus dem „Führer“, Blatt der Jugendleiter und Helfer der Arbeiterjugend.)

Sprüche für die Jugend.

Das große Geheimnis der Erziehung beruht darauf, daß man es so einzurichten versteht, daß sich die körperlichen und geistigen Übungen stets gegenseitig zur Erholung dienen. Rousseau.

Ein unbeschrieb'nes Blatt ist jugendlicher Sinn; viel Schönes, Gutes darauf zu schreiben, ist Gewinn. Rückert.

Ihr Eltern, das heißt nicht für sein Kind sorgen, wenn man nur des Leibes wartet und der Seele vergißt. Heint. Müller.

Durch Erziehung wird der Mensch erst wahrhaft Mensch. Plato.

Die Erziehung ist das größte Problem und das schwierigste, was dem Menschen kann aufgegeben werden. Kant.

O Jugend, warum währst du ewig nicht? Beglückend' Wähen, seliges Vergessen, der Augenblick des Strebens Wieg' und Grab! Wie plätschert' ich im Strom der Abenteuer, die Wogen teilend mit der starken Brust! Doch kommt das Mannesalter ernst geschritten, da schiebt der Schein; die nackte Wirklichkeit schleicht still heran und brütet über Sorgen. Die Gegenwart ist dann kein Fruchtbaum mehr, in dessen Schatten man genießend ruht; sie ist ein unangreifbar Samentorn, das man vergräbt, daß eine Zukunft sprosse. Was wirst du tun? Wo wirst du sein und wohnen? Was wird aus dir? Und was aus Weib und Kind? Das fällt uns an und quält uns ab und ab.

Franz Grillparzer.

Das Papier und seine Tüden.

Jeder Beruf, also auch der unsere, birgt für den Ausübenden ein volles Maß von Unannehmlichkeiten in sich. Dapon drücken kann sich niemand. Je nach der Veranlagung berühren sie den einen mehr und den anderen weniger. Das Erkennen der Ursachen allein genügt aber schon, das Gefühl des Schuldigen herabzumindern und für eine Abstellung der Ursachen, die die Unannehmlichkeiten zur Folge hatten, hinzuwirken.

Neben den Tüden der Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen verursacht auch das Papier manche unruhige Stunde. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, möchte ich noch voraussichtlich, daß nicht das Papier als solches uns Verger verursacht, sondern der Grad seiner Verwendungsfähigkeit. Je primitiver die Betriebseinrichtung ist, um so ärger der Kampf mit den Unannehmlichkeiten bei dem Versuch, Qualitätsarbeiten zu liefern. Nicht viele Firmen verfügen über einen konstanten Papiervorrat, noch seltener über ein Papierlager, und am seltensten über den Platz, um mit dem Papier nach Wunsch arbeiten zu können. Man lebt von der Hand in den Mund, d. h. für die in Auftrag erhaltene Arbeit (die, nebenbei gesagt, stets eilig ist) muß erst das Papier angeschafft werden.

Das Papier liegt wellig! Der Arbeiter soll dafür sorgen, daß das Papier durch Auslegen in kleinen Stößen die Temperatur und Feuchtigkeit des Arbeitsraumes annimmt, ehe er das Papier verarbeitet. Die Wellen müssen vor dem Bearbeiten verschwunden sein! Theoretisch eine ausgezeichnete Anweisung. Wie nun aber, wenn durch das Auslegen des Papiers die Wellen trotzdem nicht verschwinden? Reklamationen bei der Papierfabrik sind zwecklos, da diese „die betreffende Sorte Papier schon jahrelang führt und nie Anstände“ gehabt hat.

Wir wollen nun annehmen, daß das Papier von der Fabrik planliegend und trocken geliefert worden ist. Und die Wellen? Wie nun, wenn das Papier bei unsicherer Witterung längere Zeit auf dem Transport gewesen ist und noch dazu in ungenügender Verpackung? Wer von uns kennt das nicht? Um den Ballen ein paar Latten herumgelegt, das Ganze mit Stricken oder Eisenband verschürt, wenn es hoch kommt, sind an Stelle der Latten ein paar Bretter getreten!

Papier ist aber ein äußerst empfindliches Material, besonders dem Temperaturwechsel gegenüber. Für gewöhnlich bestehen die Papierfasern aus Pflanzenfasern und diese sind im besonderen gegen Feuchtigkeit hochempfindlich. In feuchter Luft dehnt und streckt sich die Faserstruktur, während Trockenheit diese zusammenzieht. Zuggeben, daß das Papier gut ausgetrocknet in festen Ballen verpackt wird. In dieser Verpackung kommt es an die feuchte Luft. Damit das Papier auch Gelegenheit zur Feuchtigkeitsaufnahme hat, wird es, wenn möglich, in offenen Speichern gelagert. Leider kann dieses Papier diese Feuchtigkeit nicht ganz gleichmäßig in sich aufnehmen. Der Ballen ist zu fest geschnürt und die Latten oder Bretter bedecken immer nur einzelne Teile der Oberfläche und nur die übrigen Teile des Ballens sind der Einwirkung der Luft ausgesetzt. So ungleichmäßig beeinflusst, kommen die Ballen dann in die Arbeitsräume. Hier wird nun die Feuchtigkeit des Ballens allseitig konstatiert! Nun schnell auspacken und auslegen, damit es während der kurzen Zeit bis zur Verarbeitung noch trocknen kann. Es wird ausgelegt, es trocknet auch und was noch plan war — wird wellig! Es war eben nicht gleichmäßig feucht. Pöpsikalisch fand eine Formenänderung der Faser statt. Entweder hat sich dieselbe gestreckt oder zusammengezogen, je nachdem sich die verschiedenen in dem Papierbogen befindlichen Zug- und Druckkräfte und Spannungen betätigen. Beim vollständigen Austrocknen des Bogens bleibt die so bewirkte Formenänderung der Faser bestehen, zumal sich neben der physikalischen auch eine chemische Veränderung eingestellt hat. Papier, das nicht aus ganz reinen Baumwoll- oder Leinwandfasern besteht, ist ein chemisch sehr aktiver Körper. Durch den Einfluß der Feuchtigkeit verändert sich speziell die Zellulose (Zellstoff, Holzfasern); sie wird gelatineartig und schleimig. Es bilden sich die sogenannten Wolken im Papier, welche schon in der Durchsicht leicht erkennbar sind. Diese einmal gebildeten Wolken lassen sich durch nichts mehr aus dem Papier herausbringen. Das Papier ist un-

gleich in der Schicht und infolgedessen ungleich in der Zugkraft. Falten schlagen sind dann die Begleiterscheinungen.

Für eine schlechte und mühselige Verarbeitung des Papiers sind aber auch noch andere Ursachen maßgebend. Es ist nicht immer die Feuchtigkeit des Papiers, die die Qualität einer Arbeit in Frage stellt. Sehr selten wird für eine bestellte Arbeit auch das richtige Papier gewählt. In der Regel ist das eingekaufte Papier schlecht, zu leicht und hat infolgedessen zu wenig Halt. Die Folge ist auch hier dann das Falten schlagen des Papiers. Die mehr oder weniger starke Leimung ist auch ein Kapitel, das in Betracht gezogen werden muß.

Häufig kommt es vor, daß man für eine Auflage, da das Papier zufällig nicht am Lager ist oder nur im kleineren Format vorrätig, kurzerhand extra anfertigen läßt, vorausgesetzt, daß die Auflage in der Druckzahl groß genug ist, um eine Extraanfertigung zu rechtfertigen. Diese frisch aus der Papiermaschine kommenden Papiere sind, da sie nicht abgelagert, ein Element mehr, um alle die, die mit ihm zu tun haben, zur Verzweiflung zu bringen. Zuerst trocknen die Ränder; es bilden sich Wellen, dann Falten, die Bogen verziehen sich nach Himmelsrichtungen.

Ein Teil der Ursachen, unter deren Wirkung wir zu leiden haben, ist uns bekannt. Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, wie sich diese Katastrophen vermeiden lassen. Ich bin überzeugt, daß dieser Uebelstand, wenn auch nicht gänzlich zu beseitigen, so doch stark zu reduzieren wäre. Dazu gehört aber ein Apparat, der in Bewegung gesetzt, den Ausgabenetat unserer Druckereien und Bindereien bedeutend übersteigen würde. Große Trockenräume mit einer Anzahl von Regalen, Instrumente zur Feststellung der Temperatur — des Feuchtigkeitsgehaltes der Luft, Wärmeöfen und Ventilatoren und eine Personalgruppe zur ständigen Bearbeitung des Papiers, sowie enorme Mengen von Papiervorräten wären nötig, um eine glatte Abwicklung des Papierverarbeitens zu gewährleisten. Da wir aber in der Regel nicht darüber verfügen, so müssen wir mit dem wenigen, was uns in dieser Beziehung zur Verfügung steht, versuchen, auszukommen. Hier heißt es also, wenn es irgendwie möglich ist, vorzubeugen dadurch, daß, wenn schon einmal ein unzuverlässig verpackter Ballen ankommt, man ihn erst in einem trockenen, nicht zu warmen Raum unaufgeschnürt austrocknen läßt, das hilft manchmal, aber nicht immer. Dann aber — das gehört auch zum Vorbeugen — lasse man, nur in feste, verschraubte Kästen verpackt, das Papier zur Versendung gelangen. Es ist teurer gegenüber der primitiven Verpackungsart, lohnt sich aber unbedingt durch die Ersparung einer Menge Verger, Zeit, Druck- und Papierkosten. Ständige eigene Transportlisten, die leer in die Papierfabrik geschickt werden und wieder gefüllt in die Druckerei, bedeuten wohl eine einmalige größere Ausgabe, machen sich aber auf die Dauer doch bezahlt. Ist ein Raum für ein Papierlager bestimmt, dann gehört außer der einfachsten Wärmevorrichtung auch ein Thermometer und Hygrometer dazu, desgleichen in jedem Arbeitsraum. Temperatur und Feuchtigkeit müssen in beiden gleich sein. Mit diesen wenigen Mitteln läßt sich ein Teil der geschilderten Uebelstände ausmerzen. Gr. R.

Berichte.

Erfurt. Am 15. Januar fand unsere stark besuchte Hauptversammlung statt. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal. Unsere Kasse befindet sich in guter Ordnung. Anschließend gab der Schriftführer den Jahresbericht. In zusammenfassender Weise wurden den Anwesenden die Ereignisse des vergangenen Jahres bekanntgegeben. Die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzog sich glatt, und zwar wurde die alte Verwaltung unter Hinzuziehung der Kollegen Blant als Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Als Kartelldelegierter fungiert wie bisher Finke weiter.

Die von der Ortsverwaltung gemachten Vorschläge betr. Krankenunterstützung aus der Vorkasse wurden angenommen. Ist erst die Vorkasse kräftiger, dann kann auch an die erwerbslosen Kollegen gedacht werden. Durch die augenblickliche schlechte wirtschaftliche Lage kann die Vorkasse das Risiko nicht auf sich nehmen, Unterstüßungen für einige Arbeitslose zu zahlen und den Nachfolgenden diese dann infolge Mangels an Deckung zu entziehen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde u. a. gewünscht, wieder Vortragsabende abzuhalten. Darauf

schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Hamburg-Altona. Am 22. Januar fand eine sehr stark besuchte Versammlung der Zahlstelle statt. Der Redakteur unserer „Buchbinderzeitung“, Michaelis-Berlin, referierte in großen Zügen über „Die Arbeiterchaft und ihre Presse“. Der Redner verstand es, den Mitgliedern den Einfluß, den die Presse im wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Leben ausübt, und auch einiges über das technische Zustandekommen einer Zeitung vor Augen zu führen. Reicher Beifall wurde dem Redner für seinen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag zuteil. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Simon, Konrad und Münster. Sie forderten die Mitglieder auf, die Zeitungen nicht ungelesen fortzulegen, sondern im Sinne der Ausführungen des Referenten zu wirken.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Lohnverhandlungen“, referierte Kister. Redner wies u. a. auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche Depression hin und forderte die Kollegenchaft auf, fest zusammenzuhalten und dafür einzutreten, daß die Unorganisierten aus den Betrieben mehr und mehr verschwinden. Unter lebhaftem Beifall wurde die äußerst anregende Versammlung geschlossen.

Hamburg-Altona. Die Versammlung der Kartonnagen- und Papierverarbeiter und -arbeiterinnen am 17. Januar erzielte sich eines guten Besuches. Kollege Priemer-Berlin referierte über „Die Lage der Kartonnagenindustrie“. Er schilderte das Verlangen der Unternehmer, einen 16prozentigen Lohnabbau zu erreichen. Der Tarifausschuß habe dieses Ansinnen zurückgewiesen. Vor dem Reichsarbeitsministerium wurde ein Schiedspruch dahin erzielt, daß das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Mai verlängert wird.

In der Diskussion wurden von den Rednern verschiedene Beschwerden vorgetragen und von der Ortsverwaltung verlangt, daß sie das örtliche Sonderabkommen, das in der Spitze um 6 Pf. über die Reichstarriflöhne hinausgeht, erneuere. Nachträglich ist vom Verein der Kartonnagenfabrikanten von Altona und Umgegend folgendes Schreiben eingegangen:

„Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 20. d. M. bin ich mit meinen Kollegen übereingekommen, daß ich heute die Zustimmung geben kann, daß das Sonderabkommen für Hamburg erstmalig bis Ende März für uns Gültigkeit haben soll unter der Voraussetzung natürlich, daß nicht in anderen Industrien oder allgemein ein größerer Abbau stattfinden wird.“

Ende März werden wir wieder eine Besprechung unter uns haben, um festzustellen, ob wir für April/Mai das Sonderabkommen bestehen lassen können. Ich hoffe aber, daß bis dahin sich die Lage so geklärt hat, daß keine Änderung einzutreten braucht.“

Hannau. Die Wirtschaftskrise hat auch unsere Berufsangehörigen am Orte in starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Selbst in der Zeit der Ruhrbesetzung hatte die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit keinen solchen Umfang angenommen wie jetzt. Besonders schlimm sind die Verhältnisse in der C e l s i n d u s t r i e. Hier letzte die Krise am frühesten ein. Schon im Herbst war der Beschäftigungsgrad ein sehr schleppender, und von Mitte November ab, also zu einer Zeit, in der sonst infolge des Weihnachtsgeschäftes Hochbetrieb herrschte, begann die größte Firma der Branche mit der Einführung von Kurzarbeit, die allmählich bis auf 24 Stunden in der Woche ausgedehnt wurde. Und das, obwohl gleichzeitig 22 Kollegen und Kolleginnen ganz entlassen wurden. Anfang dieses Monats erhielt die Organisationsleitung von der betreffenden Firma die Mitteilung, daß sie an die zuständigen Stellen den Antrag auf teilweise Stilllegung des Betriebes gestellt habe. Bei Verhandlungen, die daraufhin im Bureau dieser Firma im Beisein des Gewerberats Schilling, der Kollegen Meh-Frankfurt, Kargl und August Schmidt-Hannau stattfanden, wurde erreicht, daß von Entlassungen Abstand genommen und das Gesamtpersonal geteilt wurde, so daß je ein Drittel abwechselnd eine Woche arbeiten sollte, und zwar wieder 40 Stunden, während die übrigen auf die Erwerbslosenunterstützung verwiesen wurden. Diese Regelung erwies sich aber als undurchführbar, da diese vom Regierungspräsidenten in Cassel als vertrappte Kurzarbeit bezeichnet wurde, für die es keine Unterstüßung gebe. Neue Verhandlungen führten daher zu der Vereinbarung, daß insgesamt 42 Personen ihre Entlassungspapiere bekommen, um ihnen dadurch den Bezug der Erwerbslosenunterstützung zu sichern. Gleichzeitig wurde aber auch vereinbart, daß die jetzige 39stündige Arbeitszeit nicht verlängert wird, solange die jetzt Entlassenen nicht wieder eingestellt sind. Von der Firma wurde jedoch in Aussicht gestellt, daß auf Grund der Berichte der Reisevertreter mit einer langsame Besserung des Geschäftsganges und damit mit baldigen Wiedereinstellungen zu rechnen ist.

Nicht hemmend bei allen diesen Verhandlungen hat sich das Fehlen eines Betriebsrates bemerkbar gemacht. Mangelnde Solidarität und die Auswirkung der politischen Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung verhindern noch immer ein kollegiales Hand-in-Hand-Arbeiten der Gewerkschafter, obwohl es im letzten Jahre etwas besser geworden ist.

Weshalb wie im größten Eisbetriebe, der Firma Zeh u. Schien, liegen die Verhältnisse in den Mittel- und Kleinbetrieben. Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit sind auch dort an der Tagesordnung. Mangelnde Absatzmöglichkeiten im Auslande infolge der inflationistischen Wirkung der Währungsverhältnisse verschiedener Länder sowie das völlige Daniederliegen der heimischen Edelmetallindustrie wird als Ursache des schlechten Geschäftsganges bezeichnet.

Besser war der Beschäftigungsgrad bis nach Weihnachten in den beiden lithographischen Anstalten, besonders bei der Firma Brüning. Doch ist man jetzt auch hier zu größeren Arbeiterentlassungen übergegangen und von der laufenden Woche ab wird auch die Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche reduziert. In einigen Abteilungen wird auch über große Akkordschufterei unserer Kolleginnen gesagt, was dazu geführt hat, daß die Akkordlöhne reduziert wurden. So wird also durch Verständnislosigkeit den Belegschaften der Organisation entgegengehandelt.

Vollständig still liegt seit vier Wochen die Papierfabrik Ravensberg mit etwa 120 Beschäftigten. Dieser Betrieb fabriziert nur Zementfäden und ist also schon aus diesem Grunde der Geschäftsgang von dem des Baugewerbes abhängig. Verschärft wurde die Lage aber durch die feinerzeitige Ausperrung in der südwestdeutschen Chemie, an der auch die Zementfabriken beteiligt waren. Damals arbeitete die Firma ungeheure Bestände auf Vorrat, und als mit Ende des Chemietempes auch die laufende Bauperiode zu Ende war, da ereilte unsere Kollegenschaft der Firma Ravensberg das Schicksal der Erwerbslosigkeit. Mangelndes Pflichtgefühl gegenüber der Organisation muß diesen Kollegen und Kolleginnen leider zum Vorwurf gemacht werden. Hätten sie seit Eröffnung des Betriebes im November 1924 immer ihre Pflicht erfüllt, dann würde ihnen die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes ihre Lage immerhin beträchtlich erleichtern.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Stimmung gegenüber der Organisation eine gute ist. Manche Kollegen und Kolleginnen, die das ganze Jahr auf den Verband schimpften und sich und anderen vorrechneten, wieviel Zigaretten oder Tafeln Schokolade sie sich für den Verbandsbeitrag kaufen können, beneiden nun ihre Mitarbeiter, die jetzt zu ihrer staatlichen Erwerbslosenunterstützung noch die Unterstützung des Verbandes erhalten, die je nach Beitragsklasse und Mitgliedsdauer bis zu 14 Mt. die Woche beträgt. Hoffentlich ziehen die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen aus den letzten Erfahrungen die Lehre und schließen sich endlich auch dem Verbands an. Zum Studium mit allen radikalen Redensarten, wenn damit nur die eigene Pflichtvergessenheit gegenüber der Gesamtkollegenschaft verdeckt werden soll. In der Einigkeit liegt die Kraft; wer schimpfend und räsonierend beiseite steht, ist ein Verräter an der Sache der Arbeiterchaft.

Krefeld. Am 12. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die leidlich gut besucht war. Veshmann gab den Geschäftsbericht. Er bedauerte die Interessenlosigkeit der Mitglieder, die dazu führte, daß wir keine Vermittlung abhalten konnten. Die Ursache führte er auf die wirtschaftliche Not zurück und betonte am Schluß, wenn wir auch das Jahr mit trüben Aussichten abschließen, wir die Hoffnung nicht verlieren dürfen, baldigst bessere Zeiten zu bekommen, um am Ende dieses Jahres größere Erfolge aufzeigen zu können. Der Mitgliederbestand betrug 63 männliche und 43 weibliche. Schütz gab den Kassenbericht. Den Einnahmen der Verbandskasse von 1088,11 Mt. stehen Ausgaben von 836,30 Mt. gegenüber. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 475,97 Mt. und eine Ausgabe von 187,81 Mt. Er erläuterte einige Ausgabenposten, die sich durch die wirtschaftliche Not der Kollegenschaft notwendig machten und streifte noch das Restantenwesen und machte auf die Folgen aufmerksam, die Restnoten für den Bezug von Unterstüßungen haben. Die Mitglieder wurden aufgefordert, mit den Resten aufzuräumen, um die Finanzen zu bessern. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt, die sich in Anbetracht der heutigen schwierigen Lage bereit erklärten, die Geschäfte weiterzuführen.

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich über die zurzeit auftretende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Man war der Meinung, daß diese Maßnahmen der Arbeitgeber dazu angetan seien, ihre Abbaupolitik zum Reichsstarif schneller und wirksamer zur Durchführung zu bringen. Es wurde betont, dieserhalb ein wachsameres Auge zu behalten, um im gegebenen Falle mit Gegenmaßnahmen zu antworten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hinweis,

mehr als bisher das Interesse des Verbandes zu wahren.

Lahr. In einer überfüllten Versammlung am 18. Januar nahm die Kollegenschaft Stellung zu den Forderungen der Unternehmer, die Löhne abzubauen zu wollen. Während die Buchbindereibesitzer bei den zentralen Reichsstarifverhandlungen einen Abbau von 10 Proz. verlangten, forderten die Kartonnagenfabrikanten gar einen solchen von 16 Proz. Dürr schilderte in eingehender Weise die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die unserer Berufsgruppen im besonderen. Die Forderung der Unternehmer sei um so unverständlicher, als unsere Löhne heute keineswegs ausreichen, die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu befriedigen. Es zeige sich hier der verkehrte Standpunkt der Unternehmer, den Konkurrenzkampf in der Weltwirtschaft mit möglichst niedrigen Löhnen auszutragen, während doch die Wirtschaft nur gelunden kann, wenn sie ihre Betriebe auf das technisch vollkommenste einstellt und durch möglichst gute Löhne die Kaufkraft im Inneren gehoben wird. Als sich im Anfang des vorigen Jahres durch den Zusammenbruch großer Konzerne die wirtschaftliche Krise bereits anmeldete, habe man in völliger Verkennung der Verhältnisse dies auf die Staatsform zurückzuführen versucht, statt Maßnahmen zu ergreifen, um die hereinbrechende Krise zu bannen. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, alles zu versuchen, die Notlage der von der Krise Erfaßten zu erleichtern. Die Forderungen der Unternehmer, die Löhne der Arbeiterchaft zu kürzen, müsse an dem geschlossenen Widerstand der einzigen Arbeiterschaft scheitern. Viel sei in dieser Beziehung von einer großen Anzahl Kollegen und Kolleginnen gefordert worden. Sie alle mühten sich auch, daß es allerhöchste Zeit sei, ihr schädliches Verhalten zu korrigieren und durch einen Massenbeitritt zur Organisation sich zu rehabilitieren. Die Buchbindereibesitzer haben in den zentralen Verhandlungen ihre Anträge zurückgezogen und einer Verlängerung des gegenwärtigen Lohnes zugestimmt. Für die Kartonnagenindustrie habe das Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums ebenfalls eine Verlängerung beschlossen. An der Kollegenschaft liege es nun, dafür zu sorgen, daß alle Versuche der Unternehmer an dem einzigen Willen der Kollegenschaft scheitern.

Die Diskussion brachte die Einmütigkeit der Kollegenschaft zum Ausdruck; es wurde jedem zur Pflicht gemacht, alle Fernstehenden dem Verband zuzuführen. Nach einem kernigen Schlußwort des Referenten fand die imposante Versammlung einen würdigen Abschluß.

Limbad. Am 20. Januar riefen die in der Kartonnagenbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen zusammen zu einer öffentlichen Branchenversammlung. Sehr viele auch der Organisation noch Fernstehenden folgten dem Rufe. Mit Erbitterung und hoffentlich dem Vorbehalt, nun endlich Kämpfer zu werden und die Launen und Mißtaten mit anzurücken, wurde das vortreffliche Referat des Kollegen Miering-Chemnitz entgegengenommen. Er schilderte ausführlich und leichtverständlich das Vorgehen der Unternehmer betreffend Lohnabbau von 16 Proz. Miering berichtete über die stattgefundenen Lohnverhandlungen in Leipzig. Die Unternehmer begründeten ihr Vorgehen auf eine ihrer Logik entsprechende Art und Weise. Die „hohen Löhne der Arbeiter“ sind schuld an der „großen Notlage“, in der sie und die ganze Industrie sich jetzt befinden. Unsere Vertreter stellten eine Gegenforderung von 11 Proz. und wiesen bei dieser Gelegenheit nach, daß an der von den Unternehmern angeführten Schmutzkontur das nicht die Arbeiter, sondern sie selbst die Schuld tragen. Der kleine Geist der Unternehmer kam besonders darin zum Ausdruck, daß einige von ihnen viel Schuld der Sozialversicherung aufhoben. Nur ein restloses Erfassen der Inorganisierten und fester Zusammenschluß kann alle uns drohenden Gefahren beseitigen. In diesem Sinne und mit dem Hinweis, ganz besonders die Jugend aufzuklären und der Organisation zuzuführen, schloß der Referent seine sehr trefflichen Ausführungen.

Inzwischen ist eingetreten, was wir schon längst vorausahnen. Die Limbacher Kartonnagenfabrikanten haben einen weiteren Vorstoß gewagt. Bisher wurde hier die Kollegenschaft nach Drisklasse II bezahlt. Diese Vergünstigung hatten wir uns vor drei Jahren durch einen Streit errungen, sie wurde auch vertraglich festgelegt. Durch Aushang in den Betrieben haben nun die Unternehmer bekanntgemacht, daß ab 5. Februar nach Drisklasse III entlohnt werden soll. Wer nicht einverstanden ist, muß kündigen. Dieses Vorgehen ist ein grober Vertragsbruch, und wir werden in einer Protestversammlung am 25. Januar Stellung dazu nehmen. Die Unternehmer haben das Kriegsbeil ausgegraben, die Kollegenschaft wird das gleiche tun müssen, um als Mensch leben zu können.

Saalfeld. Unser in der hiesigen Geschäftsbüchereifabrik von Meise beschäftigte Kollege Paul Heinz konnte am 11. Januar auf sein 40jähriges Berufsjubiläum bei dieser Firma zurücksehen. Am 27. Fe-

Denken und Handeln!
Entscheidungen zu unseren Reichsstarifverträgen — Zigarettenkartonnagen-Industrie.
Das Preisabbaugesch.
Internationales: Oesterreich.
Vollstetigkeit über die Fürstenabfindungen.
Stiefelputzer der Unternehmertafel.
Arbeitslosennot.
Das Leder im Handwerk und Kunstgewerbe I. (Mit Abbildungen.)
Unsere Jugend: Vorkämpfer (Gedicht) — Berufswahl, eine Entscheidung für das Leben — Wir fordern eine bessere Berufsausbildung — Die Lehrlingsfrage in der Kartonnagenindustrie Oesterreichs — Den Jugendführern — Sprüche für die Jugend.
Das Papier und seine Tücken.
Bericht: Erfurt — Hamburg — Hamburg — Hanau — Krefeld — Lahr — Limbad — Saalfeld.
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Lokaltbeiträge — Arbeitslosenstatistik — Abrechnungen — Adressenänderungen.

bruar kann Kollege Heinz sein 50jähriges Berufsjubiläum überhaupt begehen. Im Vorjahre war Kollege Heinz 25 Jahre ununterbrochen Verbandsmitglied. Kollege Heinz hat lange Jahre als Vorligender unserer Zahlstelle Saalfeld im Interesse unserer dortigen Kollegenschaft gewirkt, er ist auch heute noch eines unserer eifrigsten Verbandsmitglieder. Während der Kriegszeit hat er unsere Saalfelder Zahlstelle gut zusammengehalten und nachdem war er es, der die dortige Kollegenschaft wieder zusammenführte und dafür sorgte, daß unsere Zahlstelle immer in bester Ordnung blieb. Unsere Saalfelder Kollegenschaft hat dem Kollegen Heinz sehr viel zu danken und wir verbinden unseren Glückwunsch mit dem der Saalfelder Kollegenschaft, unseren Kollegen Heinz noch recht lange in körperlicher und geistiger Frische weiter wirken zu sehen. Unserem Nachwuchs bleibt Kollege Heinz ein gutes Vorbild bester Pflichterfüllung.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokaltbeiträge für die Zahlstelle Erfurt sind neu geregelt und wie folgt von uns genehmigt:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Bl.	5	15	15	25	25

2. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen den Gauleitern und allen Kassierern der Zahlstellen überandt worden. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 30. Januar, für die Zählung der Kurzarbeiter die Woche vom 25. bis 30. Januar. Werkstufen-Berichtskarten sind den Sendungen für die bisher von der Berichterstattung erfaßten Betriebe beigelegt. Wir bitten nochmals recht dringend, die Berichtskarten entsprechend der Anordnung der Reichsarbeitsverwaltung spätestens bis zum 2. Februar an uns einfinden zu wollen.

Abrechnungen
 vom 4. Quartal 1925 gingen weiter bis zum 26. Januar bei der Verbandskasse ein von:

- Potsdam-Rowawes 400,— Mt., Spremberg 250 Mt., = Gau Hansa 1 200,— Mt., Hamburg-Altona 12 300,— Mt., Rüttingen-Wilhelmshaven 105,85 Mt., Schmerin 301,85 Mt., = Halberstadt 171,— Mt., Rathenow — Mt., Lorgau 350,— Mt., = Hagen i. B. 170,10 Mt., Lüdenscheid 69,15 Mt., Wesel 137,— Mt., = Gau Rheinland i. d. Rh. 536,90 Mt., Bonn 400,— Mt., Köln 4 012,60 Mt., = Grünstadt 500,— Mt., Rindel 738,30 Mt., Limburg-Lahn 55,— Mt., Warburg 100,— Mt., Wiesbaden 153,55 Mt., = Gotha 513,70 Mt., Aimenau 360,— Mt., Langensalza 352,55 Mt., Rupsa 100,— Mt., Zeitz — Mt., = Annaberg-Buchholz 2 500,— Mt., Brandis 250,— Mt., Hainichen 50,— Mt., Leipzig 45 445,40 Mt., Rastbau — Mt., = Kirchheim-Teich 450,— Mt., = Witzburg 830,— Mt., = Kaufbeuren 320,— Mt.

Adressenänderungen.
 B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
Brandenburg a. d. H. B.: M. Laerh, Temnitz 41, Hof. K.: F. Schmaler, Waisfr. 29 111.
Brandis, B.: R. Hübner, Grimmaischer Platz 7. K.: W. Kehler, Markt 6.
Bunzlau, B.: R. Adler, Gnadenberger Str. 49. K.: G. Berndt, Gölziger Str. 47.

Der Verbandsvorstand.